

Veröffentlichung: ja

Besprechung des GKV-Spitzenverbandes, der Deutschen Rentenversicherung Bund, der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 29.06.2016

2. Änderung der Gemeinsamen Grundsätze für die Kommunikationsdaten nach § 28b Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 SGB IV;

hier: Berücksichtigung des elektronischen Lohnnachweisverfahrens zur Unfallversicherung

---

Mit dem Fünften Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze ist der elektronische Lohnnachweis zur Unfallversicherung geregelt worden. Zur technischen Umsetzung des Lohnnachweises sind auch die Gemeinsamen Grundsätze für die Kommunikationsdaten anzupassen.

Die neuen Regelungen treten rückwirkend für das Meldejahr 2016 in Kraft. Um den Unternehmen und damit auch den Erstellern von Entgeltabrechnungsprogrammen entgegen zu kommen, soll eine Abfrage der Stammdaten bereits ab dem 01.12.2016 möglich sein. Insofern treten die Gemeinsamen Grundsätze Kommunikationsdaten bereits zum 01.12.2016 in Kraft. So können mit der Abrechnung im Dezember noch für das laufende Abrechnungsjahr die UV-Stammdaten mit den in der UV-Stammdatendatei geführten Gefahr tariffstellen abgeglichen und damit ggf. Rückrechnungen in den Entgeltabrechnungsprogrammen bei erforderlichen Anpassungen vermieden werden.

Der GKV-Spitzenverband leitet das Genehmigungsverfahren nach § 28b Abs. 1 Satz 2 SGB IV ein.

- unbesetzt -